

4852/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Stadler
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Ostmafiakontakte

Der Zusammenbruch der real - sozialistischen Diktaturen in Osteuropa hat dazu geführt, daß Bürger dieser Staaten in verstärktem Ausmaß nach Österreich reisen. Die groß - kriminelle Unterwanderung dieser Personen durch Gruppen organisierter Kriminalität, im speziellen der Russenmafia, wurde in Österreich durch Strukturanalysen der EDOK nachgewiesen. Die kriminellen Aktivitäten der Russenmafia umfassen eine breite Palette wobei enorme Geldflüsse und eine überaus brutale Vorgangsweise der Täter auffallen. Es ist seit langem evident, daß der Import von Kriminalität aus den osteuropäischen Reformstaaten und insbesondere aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine eminente Gefahr für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher darstellt. Dabei wird der Anteil der organisierten Kriminalität, die durch den Zuzug aus dem Osten besonders begünstigt wird, an der Gesamtkriminalität in Österreich laut Kriminalstatistik 1996 schon auf ca. 30 bis 35 % geschätzt und wird in Zukunft durch die absehbaren Folgen des Schengener Abkommens noch wesentlich unterstützt und erleichtert werden (Menschen - insbesondere Frauenhandel, Schlepperei, Prostitution, Waffen - und Drogenhandel, Schutzgelderpressungen, Geldwäsche etc.). Nach der Einschätzung von EU - Experten droht mit der Osterweiterung der EU ein weiteres Sicherheitsproblem erster Ordnung, da die meisten Osteuropäischen Staaten ihren Grenzschutz bisher vernachlässigt haben und sich deshalb die groß - kriminellen Organisationen ungehindert und grenzüberschreitend ausweiten konnten. Der amerikanische Experte für internationale Finanzkriminalität, Jack Blum, sieht in Wien sogar ein Zentrum der Geldwäsche aus den ehemaligen Oststaaten. Im zunehmendem Maße fänden Transaktionen mafioser Organisationen aus Rußland und insbesondere die Weißwäsche von Geldern kriminellen Ursprungs in Wien statt (Die Presse, 10. März 1998).

Der Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit, Dr. Michael Sika, schätzt die Bedrohung Österreichs durch die von Kriminellen aus der ehemaligen Sowjetunion gesteuerte organisierte Kriminalität überaus dramatisch ein, indem er feststellt, daß "man sich im klaren sein müsse, "daß es keinen Handel mit Rußland gibt, ohne irgendwie in Kontakt mit mafiosen Leuten zu kommen" (Profil Nr. 11,9. März 1998). Gleichzeitig wirft Sika maßgebenden Politikern der Koalitionsparteien vor, die Augen vor der offenkundigen Realität zu verschließen, indem sie naiv fragen: "Gibt es die organisierte Kriminalität wirklich?"

Auf diese Gefahren haben die Freiheitlichen seit langem immer wieder hingewiesen, wobei folgende konkrete Vorgänge aufgezeigt wurden:

Der damalige Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky intervenierte beispielsweise für den Unternehmer Leopold Bausbek bei seinem ehemaligen Sekretär Gerhard Praschak, der mittlerweile Vorstand der österreichischen Kontrollbank geworden war. Gegenstand der Intervention waren Ostgeschäfte mit dem später ermordeten David Sanikidse, wobei es um Hotelprojekte ging. David Sanikidse, in seiner Heimat ein prominenter Mann, war den Behörden als Pate der georgischen Mafia wohl bekannt.

Ein weiteres Beispiel sind die innigen Kontakte des damaligen Bundeskanzlers Dr. Vranitzky mit dem ehemaligen Bürgermeister von St. Petersburg Anatol Sobtschak, dem mit großem Medienrummel die Finanzierung eines Österreichplatzes zugesagt wurde. Mittlerweile ist die Finanzierungshilfe der österreichischen Steuerzahler in dunklen Kanälen verschwunden und Bürgermeister Sobtschak untergetaucht.

Allgemein bekannt sind die Ostkontakte des ehemaligen Innenministers Karl Blecha. Karl Blecha verfügt aus seiner Tätigkeit als Berater in Wirtschaftsfragen sowie als Markt - und Sozialforscher über ausgezeichnete Kontakte zu Personen und Unternehmen in den ehemaligen Ostblockstaaten. Er war aber auch seit 1992, als beispielsweise Schutzgelderpressungen bekannt wurden, gemeinsam mit Ex - Außenminister Gratz und dem bereits erwähnten Mafiapaten David Sanikidse an einer Firma beteiligt. Sanikidse soll ein Hauptverantwortlicher für Schutzgelderpressung westlicher Investoren gewesen sein (Roth, Die roten Bosse, S 257).

Schließlich sind auch die umfangreichen Ostkontakte des ehemaligen Landwirtschaftsministers Dr. Erich Schmidt allgemein bekannt. Im Rahmen seiner Insolvenz wurde evident, daß im Zusammenhang mit seinem verschachtelten Firmenimperium hunderte Millionen im Osten versickert sind.

Im Wiener Landesgericht für Strafsachen findet derzeit der Strafprozeß gegen die mutmaßlichen Mörder des erwähnten David Sanikidse statt. Nach den Aussagen eines Beamten der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (EDOK) soll das Mordopfer ein bedeutender Pate der georgischen Mafia mit weitreichenden Verbindungen in die ganze Welt gewesen und letztlich den Krieg mit einem anderen Verbrecherclan zum Opfer gefallen sein. Darüber hinaus soll er den Erkenntnissen der EDOK zufolge über exzellente Verbindungen zu österreichischen Wirtschaftstreibenden und Politikern verfügt haben. Nach Angaben des EDOK - Ermittlers sollen acht kriminelle Gruppierungen aus der ehemaligen Sowjetunion in Österreich aktiv sein. Nach Aussagen des EDOK - Ermittlers seien zahlreiche Verbindungen von Sanikidse zu österreichischen Politikern - unter anderem ehemaligen SPÖ - Regierungsmitgliedern - und Unternehmen bekannt und durch Fotos dokumentiert. Die EDOK habe diese Personen des öffentlichen Lebens gewarnt. Sie sehe in solchen Kontakten österreichischer Politiker mit solchen Personen, die ihren Erkenntnissen zufolge Mafiapaten seien, die Gefahr der Unterwanderung der österreichischen Gesellschaft.

Durch diese Aussagen werden die Warnungen der FPÖ vor der Gefahr von Mafiakontakten durch österreichische Politiker und Unternehmensvertreter vollinhaltlich bestätigt. Auch die Warnung des Generaldirektors für Öffentliche Sicherheit vor einem leichtfertigen Umgang mit der organisierten Kriminalität und insbesondere vor der Bedrohung der österreichischen Demokratie durch die von Kriminellen aus der ehemaligen Sowjetunion gesteuerte organisierte Kriminalität und die in dieselbe Richtung ziellenden Aussagen von Roth ("Die Roten Bosse") haben sich als zutreffend erwiesen.

Die Bundesregierung hat es trotz dieser bereits vor Monaten erfolgten Warnungen unterlassen die erforderlichen Schritte zu setzen, um bei Ostkontakte von Politikern und Wirtschaftsvertretern die Gefahr von bewußten oder unbewußten Kontakten und Kooperationen mit der Russenmafia möglichst auszuschließen. Aufgrund dieses

sorglosen Umgangs mit der Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres nachstehende Dringliche Anfrage

1. Sind Ihnen die Aussagen, die von einem EDOK - Beamten im laufenden Sanikidse - Prozeß gemacht wurden bekannt?
2. Seit wann ist Ihnen der Inhalt dieser Aussagen bekannt?
3. Seit wann ist Ihnen konkret bekannt, daß Sanikidse exzellente Verbindungen zu österreichischen Politikern und Wirtschaftstreibenden unterhalten hat?
4. Ist es richtig, daß es sich bei den Politikern mit Sanikidse - Kontakten auch um ehemalige SPÖ - Regierungsmitglieder handelt?
Wenn ja, um welche Personen handelt es sich dabei konkret?
5. Welche anderen Politiker und Wirtschaftstreibende unterhielten Kontakte mit Sanikidse?
6. Seit wann ist Ihnen konkret bekannt, daß auch andere Personen, die nach den polizeilichen Ermittlungen dem Millieu der Russenmafia (Ostmafia) zuzurechnen sind, exzellente Verbindungen zu österreichischen Politikern und Wirtschaftstreibenden unterhalten haben?
7. Ist es richtig, daß es sich bei den Politikern mit derartigen Kontakten auch um ehemalige SPÖ - Regierungsmitglieder handelt?
Wenn ja, um welche Personen handelt es sich dabei konkret?
8. Welche anderen Politiker und Wirtschaftstreibende unterhielten Kontakte mit Personen, die nach den polizeilichen Ermittlungen dem Millieu der Russenmafia zuzurechnen sind?

9. Wurden diese bekannten Kontakte von den Polizeibehörden zum Anlaß genommen, den Hintergrund der Kontakte zu analysieren?
Wenn nein, warum nicht?
10. Wurde bei diesen Analysen geprüft, ob und inwieweit durch diese Kontakte kriminelle Geschäfte der organisierten Kriminalität begünstigt wurden und welches Ergebnis erbrachte diese Prüfung?
Wenn nein, warum nicht?
11. Gegen welche Personen wurde bzw. wird aufgrund derartiger Prüfungen wegen des Verdachts von strafbaren Handlungen ermittelt?
12. Ist es richtig, daß seitens der Polizeibehörden österreichische Politiker und Unternehmensvertreter vor Kontakten mit Personen im Millieu der Russenmafia gewarnt wurden?
13. Welche konkreten Personen wurden aufgrund welcher Erwägungen gewarnt?
14. Aufgrund welcher Erwägungen wurde Nationalratspräsident Fischer nicht vor derartigen Kontakten gewarnt, wie dieser behauptet, obwohl seine Bekanntschaft mit Sanikidse dokumentiert war?
15. Welche Veranlassungen werden Sie aufgrund der im bisherigen Verlauf des Sanikidse - Prozesses festgestellten Verfilzungen zwischen der Russenmafia und SPÖ - Politikern treffen?
16. Teilen Sie die Auffassung von Dr. Sika, daß der leichtfertige Umgang mit der organisierten Kriminalität, den dieser maßgebenden Politikern der Koalitionsparteien vorgeworfen hat, letztlich auch eine Gefahr für die österreichische Demokratie darstelle?
17. Auf welche Weise werden Sie diesen Warnungen vor der organisierten Kriminalität Rechnung tragen?

18. Werden Sie einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit der organisierten Kriminalität in Österreich, insbesondere der Russenmafia, die Verflechtungen zwischen der organisierten Kriminalität und Österreichischen Politikern und Wirtschaftsvertretern, und die Maßnahmen zur Bekämpfung durch die Sicherheitsbehörden vorlegen? Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

Es wird beantragt, die Dringliche Anfrage gemäß § 93 Abs. 1 GOG - NR zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu behandeln.